

Beratung und Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2025

Stellungnahme der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Gummersbach (2. April 2025)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Mitglieder der Verwaltung, Ratskolleginnen und -kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Wie gern hätten auch wir einen Dukatenesel oder wären gern das arme Mädchen im Märchen von den Sterntalern, sodass wir das Geld mit vollen Händen ausgeben und, wie in Berlin die neue Regierungskoalition, alle möglichen Wünsche erfüllen könnten. Wobei natürlich der Haken am fast märchenhaften Berliner Sondervermögen ist, dass „die künftige Regierung wie schon ihre Vorgängerin mit Krediten die Gegenwart aus der Zukunft subventionieren“ - wie Malte Fischer in einem Kommentar der Neuen Zürcher Zeitung richtig feststellt. Uns in Gummersbach sind dagegen durch immer neue, zusätzlichen Aufgaben – ohne die langfristige Bereitstellung adäquater Finanzmittel zur Kostendeckung – die Hände gebunden bzw. werden die finanziellen Daumenschrauben von Jahr zu Jahr weiter zgedreht. Unter dem Motto „Den Letzten beißen die Hunde“ werden wir gezwungen, die Belastung für Bürger und Gewerbe bis nah an die Schmerzgrenze weiter zu erhöhen. Für uns geht es bei der Erstellung bzw. Befürwortung des Haushalts auch immer um Generationengerechtigkeit, darum, einen erträglichen Ausgleich zu finden zwischen den Wünschen und dem Umsetzbaren bzw. Finanzierbaren.

Wie immer als eine der Letzten zu sprechen, hat für Sie den Vorteil, dass das Meiste bereits gesagt ist und ich insofern meine Rede kurzhalten werde, indem ich mich auf einige wenige Punkte konzentrieren werde.

Gewerbsteuer

Dass die Gewerbsteuer um 5% angehoben wurde, war nicht im Sinne der FDP und wir haben dagegen gestimmt. Die Erhöhung mag als kleiner, überschaubarer Betrag für die Unternehmen erscheinen, aber diese werden ja mit vielen weiteren solcher „Kleinigkeiten“ konfrontiert: höhere Energiekosten, höhere Sozialversicherungsbeiträge, höhere Personalkosten, Fachkräftemangel, weltwirtschaftliche Unsicherheiten und vieles mehr – viele „Kleinigkeiten“ können sich dann durchaus zu einem großen Problem addieren. Nicht umsonst habe ich diese Erhöhung der Gewerbsteuer bei den Beratungen als „Giftspritze“ für die heimische Wirtschaft betitelt. Bleibt zu hoffen, dass der Stadt die Gewerbebetriebe erhalten bleiben und auch neues Gewerbe sich nicht davon abhalten lässt, sich in Gummersbach anzusiedeln.

Grundsteuer B

Als Freie Demokraten ist uns wichtig zu betonen: Es gibt keine perfekte „vor-Ort-Lösung“ für die schlechten Optionen aus Berlin und Düsseldorf. Die FDP-Landtagsfraktion NRW hat noch unter schwarz-gelber Mehrheit für ein besseres, nämlich das flächenbasierte Modell geworben. Aber es war leider nicht durchzusetzen. Insofern sehen wir uns jetzt mit dem schlechten, wertbasierten Modell aus der Feder von Olaf Scholz konfrontiert.

Wir hätten auch differenzierte Hebesätze beschließen können, doch dies hätte eine weitere Belastung der Wirtschaft bedeutet. Zudem ist dieser Ansatz rechtlich

deutlich unsicherer im Vergleich zu dem Weg, den die allermeisten Kommunen in NRW einschlagen werden.

Aber dieser Weg ist „nicht in Stein gemeißelt“ und sollten sich in Zukunft bessere und vor allem rechtssichere Lösungen ergeben, werden wir über die Grundsteuer B sicherlich neu beraten. Heute sollten wir jedoch den rechtlich weniger angreifbaren Weg einschlagen.

Verpackungssteuer

Die FDP ist froh, dass die Einführung der Verpackungssteuer für die Stadt Gummersbach erst einmal vom Tisch ist. Steuer ist Steuer und wir sind grundsätzlich gegen die Einführung einer neuen Steuer. In diesem Zusammenhang ist unserer Ansicht nach der Bevölkerung nicht genügend dargelegt worden, was sich hinter der Verpackungssteuer verbirgt – zuerst einmal wieder zusätzliche Bürokratie und steigende Personalkosten. Dass die Ablehnung der Verpackungssteuer dazu geführt hat, dass die Grundsteuer B angehoben wurde, so wie es in der Bevölkerung kommuniziert wird und was in zahlreichen Leserbriefen in der Presse zu lesen war, ist schlichtweg falsch. Die Anhebung der Grundsteuer B stand schon vorher fest und wir bezweifeln, dass die Einführung einer Verpackungssteuer tatsächlich unterm Strich nennenswerte Mehreinnahmen für die Stadt bedeutet hätten, zumal das Ziel dieser Steuer ist, sich auf Dauer selber abzuschaffen. Ist das den großen Bürokratie-Aufwand wert? Wir meinen nein! Ein Tipp von uns: größere Abfalleimer aufstellen, dann muss der Bauhof nicht so oft ausrücken, um die Eimer zu leeren.

Dank an die Verwaltung, dass sie es trotz knapper Finanzmittel über Jahre hinweg geschafft hat, unsere Schulen und KiTas zu renovieren, zu erweitern und digital aufzurüsten, um den jeweils aktuellen Anforderungen gerecht zu werden. Manche Stadt und Kommune wird sicher neidisch auf Gummersbach blicken. Wünschenswert wäre in Zukunft mit Sicherheit eine stärkere finanzielle Unterstützung durch das Land. Was sich hinter dem lange angekündigten Digital-Pakt 2.0 verbirgt, bleibt bis jetzt inhaltlich ein Rätsel.

Nachdem sich der Kreis nun endgültig aus der Kooperation mit der Bücherei ausgeklinkt hat, steht fest, dass die Stadt Gummersbach die anfallenden Kosten ab 2026 alleine stemmen muss. Die jährlichen Kosten sind zurzeit noch nicht abzuschätzen, man kann dem Projekt aber nur alles Gute wünschen. Die zentrale Lage inkl. zahlreicher Parkmöglichkeiten und die moderne Gestaltung und Umsetzung geben Anlass zur Hoffnung, dass die Bücherei einen großen Zuspruch in der Bevölkerung über die Stadtgrenzen hinaus erleben wird. Hoffen wir, dass trotz angespannter Haushaltslage die Finanzierung auf Dauer gesichert ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, dass sich die FDP Gummersbach immer für die neue Bibliothek im EKZ ausgesprochen und alle Entscheidungen die neue Bibliothek betreffend immer mitgetragen hat. Das hatte ich so auch in meiner letzten Haushaltsrede klar formuliert. Ein Artikel in der OVZ hat jedoch bei vielen Lesern den Eindruck erweckt, die FDP Gummersbach sei gegen die neue Bibliothek. Eine Pressemitteilung seitens der FDP Gummersbach haben wir umgehend an die Presse geschickt - dort wurde sie allerdings nicht veröffentlicht!

Dank an die Stadt, dass Sie gemeinsam mit der Bürgerstiftung der Sparkasse Gummersbach mit je 35.000,- € die Mehrkosten der Musikschule auffängt im Zusammenhang mit der Umsetzung des Herrenberg-Urteils. Diese Finanzspritze ist Voraussetzung dafür, dass die Musikschule überhaupt noch existieren kann. Es ist gut angelegtes Geld für die Kultur und die Zukunft unserer Kinder.

Abschließend möchte ich mich im Namen der FDP-Fraktion für die gute und professionelle Vorbereitung des Haushaltes durch den Kämmerer, Herrn Halding-Hoppenheit, sowie Frau Klein und ihrem gesamten Team bedanken. Danken möchte ich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung sowie den Kolleginnen und Kollegen aus dem Rat der Stadt Gummersbach. Trotz aller politischen Unterschiede haben meiner Meinung nach alle Fraktionen, der Bürgermeister und die Stadtverwaltung bei den für unsere Stadt wichtigen Entscheidungen gemeinsam auf Augenhöhe zusammengearbeitet.

Unsere Stadt wächst und das ist ein gutes Zeichen. Aber Wachstum braucht Weitblick und klare Schwerpunkte. Lokale Betriebe und Unternehmen sind die Basis für unseren Wohlstand. Bildung, Betreuung und Digitalisierung sind die Schlüsselbereiche, die wir vorantreiben müssen. Lassen Sie uns dies weiterhin gemeinsam angehen, damit Gummersbach eine Stadt bleibt, in der Menschen und Unternehmen gleichermaßen Zukunft finden.

Die FDP-Fraktion wird dem Haushaltsplan 2025 mit seinen Anlagen zustimmen.

Elke Wilke
Fraktionssprecherin